

mit Zug und Recht die rote Fahne, die Kampfplage gegen das ganze Bürgertum, gegen unsere ganze Kultur. Daran ändern einige veränderte Worte nichts, mit deren Hilfe die Partei über Schwierigkeiten des Augenblicks hinwegkommen will.

Der Wortlaut der „Sanktions“-Note

Die Note des Obersten Rates, durch welche die Aufhebung internationaler Sanktionen angehängt wird, wurde gestern dem deutschen Volkstages Dr. Brücher durch den französischen Ministerpräsidenten überreicht; sie hat folgenden Wortlaut:

Herr Reichsfürst!

Die alliierten Regierungen haben Kenntnis genommen von der Erklärung, durch die die deutsche Regierung die durch den Beschluß des Obersten Rates vom 13. August 1921 aufgestellten Bedingungen ausdrücklich angenommen hat. Sie haben die Durchführung der wirtschaftlichen Sanktionen, die durch den Obersten Rat am 7. März 1921 verhängt worden sind, vom 30. September an befristet.

Sie haben die deutsche Regierung ein, baldmöglichst ihre Befolgungen zu bezeugen, und die während der alliierten Sachverständigen die Bedingungen feststellen sollen, nach denen entsprechend den Bestimmungen des Beschlusses vom 13. August 1921, die Sanktionen geprüft und aufgestellt werden sollen.

Im Namen des Obersten Rates habe ich die Ehre, Sie, Herr Reichsfürst, zu bitten, vorzutreten und Ihre Regierung zu bitten, die Beschlüsse des Obersten Rates, die die Durchführung meiner ausgesprochenen Bedingungen betreffen, zu bestätigen.

Herr Reichsfürst!

Von zukünftiger Stelle wird dazu erklärt:

Es ist bekannt, daß wir die Rechtsmäßigkeit der Sanktionen niemals anerkannt haben. Wir haben nach Annahme und teilweise Erfüllung der Bedingungen der Sanktionen auf eine bedingungslose Aufhebung der Sanktionen gedrungen. Die alliierten Regierungen haben nunmehr doch noch eine Verbindung an die Aufhebung der Sanktionen geknüpft, nämlich ein Überwachungsorgan gegen Diskriminationen bei der Verzehrung der Waren im Ausland zu leisten. Wir haben diesem Überwachungsorgan zugestimmt, sofern sich seine Tätigkeit auf diese beschränkt.

Frankreichs Unzufriedenheit

Zu der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen in Deutschland erklärt der „Gaulois“, daß die französischen Exporteure mit dieser Maßnahme zufrieden sein können, da sie den Erfolg der französischen Ergebnisse erleichtert, und sie entgegen den vielfach ausgesprochenen Wünschen der französischen Handelsteile, wenig einverleihen mit dieser Maßnahme. Erklärt sich der „Figaro“, welcher ausführt, daß das Einvernehmen zwischen Frankreich und England nicht so vollkommen sei, wie es die offizielle Note glauben machen wollte. Man will noch an nicht, wie sich zeigen wird, daß die Kontrolle dieser Kommission die Kontrolle der Kommission bestimmte Vorschriften zu machen. Nebenbei mitgeteilt wird, daß die Aufhebung der Sanktionen die französische Wirtschaft nicht so sehr stärken wird, wie man zu erwarten hat. Es hätte seinen Wert in sich, wenn es sich um ein von ihm beantragtes Verbot für nicht angehen würde. England habe zwar zugegeben, daß die alliierten Kommissionen in den Ein- und Ausfuhrzöllen Kenntnis von den ausgegebenen Gütern und Aufzeichnungen nehmen, daß auch gewisse Abgrenzungen gegen den deutschen Markt werden können, aber trotzdem Verbot gegen die von Deutschland ausgegebenen Sanktionen sei nicht angehen worden. Ferner habe es gern gesehen, wenn man die Abgrenzung aufrechterhalten hätte. Wenn man die Sanktionen jetzt aufheben sollte, so ist es gefährlich, weil man dem Ministerium nicht an dem Tage der Abgrenzung zusammentritt ein Zeichen der Ermüdung geben wollte. Damit aber noch lange nicht gesagt, daß Deutschland ernstlich gewillt sei, seine Verpflichtungen zu erfüllen, und selbst wenn Rouvier und Heussen am 6. und 8. Oktober zusammenzutreffen werden, so werde zwar eine Probe für die Naturwissenschaften festgestellt werden, damit sie aber noch lange nicht gesagt, daß Deutschland den guten Willen habe, alles zu bezahlen. Man müsse sich darauf gefaßt machen, daß Deutschland, wenn das Abkommen abgeschlossen sein werde, den englischen und amerikanischen Streitigkeiten, an deren Arbeitslosigkeit seien nur die künftigen Naturwissenschaften schuld!

Rose Ferron

46) Roman von Lisbet Dill, Halle a. S. (Nachdruck verboten.)
Zwischen hielt sie inne, um traubeneinen Brief noch einmal zu überfliegen, auf ihrem ersten Gesicht lagen Schatten, mondähnlich lächelnd sie in Gedanken, fort... eine neue Zeit begann. Weiss Blumen flohen ins Feuer, Vieh, Felsen, bestirnter Dampfer. Ganze Bündel. Sie hörte Malachan nebenan mit den Köpfen hantieren, Waffen kitzeln. Wäghoch kam er herein und trat an den Ramin, die Hände auf dem Rücken, blieb er dort stehen. Sie hielt inne. „Kann ich dir nichts mehr helfen, Malo?“
„Nein, Rose, aber ich habe mit dir zu reden.“ Er drehte das Licht an und der Rauber des Geheimnisvollen verlor sich. Sie standen sich gegenüber.
„Wir hatten ganz vergessen, Licht zu machen.“ sagte Rose.
Malachan verlor sich zu lächeln, aber sein Gesicht war sohl. Er sah verändert aus. Älter und abgeplattet.
Er zündete sich eine Zigarette an. Sie sah, daß seine Hand, die das Streichholz hielt, zitterte. Sie warhte sofort, die Abrechnung kam, auf die sie seit einem Jahre wartete.
„Weshalb kamst du nicht herein? Der Brinn war da.“
„Ich dachte zu hören.“, lautete er idroff.
„Du kannst jederzeit eintreten, wenn hier jemand ist.“
Er sah sie an. Sein Blick war düster.
„Malu.“, sagte sie bittend, „er ist dein Freund.“
Ein Schatten floh über seine erste Miene, er wollte aufstehen, dachte an Vergangenes, an seine „Freundlichkeit“... dem anderen. In diesem Augenblick stand Gestalt vor ihm, bleich und erschrocken zum überfliegen, auf der Seite an einem trüben, regenreichen Herbsttag. „Was wiederholst du?“ dachte er. „Nur mich mein ich, wie alles kommt.“
„Rose, Rose.“, sagte er, ruhiger geworden, auf dem Teppich auf und abtrottelnd, während sie neben der Schreibtischfläche Platz genommen hatte und seine ausgegangene Post ordnete, die sie jeden Abend durchsah, weil er dann müde war.
„Ich höre.“, sagte sie ammutig, freundlich und ruhig.

Die Neubildung des Reichskabinetts

Vorbereitungen mit Dr. Brücher.

W. Berlin, 20. September.

Die Beratungen über eine Umbildung des Reichskabinetts im Sinne einer Erweiterung der Regierungsfunktion haben ihren Anfang genommen. Vertreter der Sozialistenspartei und der Deutschen Volkspartei folgten gestern abend einer Einladung des Reichskanzlers Dr. Brücher zu einem gemeinsamen Auspruch, die den Charakter einer Vorbereitung hatte und zu der auch der Reichspräsident und der preussische Ministerpräsident und Reichspräsident Boche erschienen. In den mehrstündigen Beratungen, an denen Vertreter aller beteiligten Parteien teilnahmen, wurden die innerpolitische Lage, die außenpolitischen Richtlinien, die Steuerfragen sowie die Form der eventuellen Umbildung des Kabinetts erörtert. Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen weitergeführt.

Tagung des Auswärtigen Ausschusses

Berlin, 20. September.

Deute vormittag trat der Auswärtige Ausschuss zusammen, um sich über den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag zu unterhalten, der für morgen auf der Tagesordnung des Reichstages steht. Im Ausschuss ergriff Reichskanzler Dr. Brücher das Wort zu längeren Ausführungen. Nach den Ergebnissen der bisherigen Verhandlungen, die streng vertraulich sind, ist zu sagen, daß der Friedensvertrag in der morgigen Sitzung des Reichstages sehr schnell angenommen werden wird.

Die Umbildung der Schutzpolizei

Berlin, 20. September.

Amlich wird mitgeteilt:

Am Mittwoch fand im preussischen Ministerium des Innern eine Besprechung mit den Vertretern sämtlicher Polizeiverwaltungen des Reiches und Preußens über die letzte Note des Friedensvertrages statt, die den Gegenstand eigener Besprechungen der beteiligten Beamtenstaffel bildet. Diese hat sich einstimmig auf dem Standpunkt gestellt, daß Reich und Staat einen ersten Schritt zu bedürfen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zugunsten des Wiederaufbaues des Landes und zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen des Friedensvertrages. Nur diesen nichtmilitärischen Zielen ist die letzte Polizei zu dienen bestimmt. Jeder Eingriff in die Organisationsstruktur der Polizeiverwaltungen bedeutet, die Beamtenstaffel auf schwerer Schädigung und Reich und Staat ihrer festen Stützen berauben.

Der Kampf um den Frieden in Amerika

W. Paris, 20. September.

Dem „New-York Herald“ wird aus Washington gemeldet: Der Kampf um die Friedensverträge greift von Tag zu Tag weiter um sich. Eine rasche Ratifizierung wird nun möglich. Die Demokraten kämpfen darum, in die Verträge die Forderung aufzunehmen, lassen zugunsten der Vereinigten Staaten in Lateinamerika mit den Theorien des früheren Präsidenten Wilson. Nach dem Wortlaut eines solcher Zusätze soll nichts in den Verträgen den Vereinigten Staaten den Eintritt in den Weltkrieg zu berechnen können, wenn der Vertrag ratifiziert wird. Ein anderer Zusatz soll bestimmen, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, sich an jedem Vorgehen zu beteiligen, das geeignet ist, auch die Artikel des Vertrages von Versailles zur Geltung zu bringen, an denen sie interessiert sind.

Eine Mahnung an den Völkerbundsrat

W. Genf, 20. September.

Der deutsche Rat überreichte heute dem Präsidenten der außerordentlichen Tagung des Völkerbundsrats eine Anzahl Denkschriften oberirdischer Landwirte und Bäuerinnen und sozialer Verbände, Anstalten und des Alters. In diesen Denkschriften sind die Äußerungen und Wünsche der oberirdischen Bevölkerung zusammengefaßt. Sie drängen den Rat, die oberirdische Bevölkerung ungeteilt bei Deutschland zu verbleiben zu lassen. Daß sich seit der Abstimmung die Vollstimmung wesentlich geändert hat und daß angesichts der Gefahr einer Teilung des Landes auch der größte Teil der Wähler, die damals für Polen gestimmt haben, heute beim Reich verbleiben will. Die Denkschriften sind auf Wunsch der oberirdischen Verbände bereits am

20. September von der Reichsregierung den alliierten Regierungen überreicht worden. Die alliierten Regierungen werden mit einem kurzen Notiz, die ebenfalls dem Völkerbundsrat überreicht werden soll, dem Rat den umfangreichen Material, das unter den verschiedenen Gesichtspunkten in sachlicher Form das oberirdische Problem behandelt und vor allem das Interesse der Arbeiterkraft an dem schließlichen Verbleiben der Bevölkerung nachweist, sei das Zeugnis des größten politischen Denkmälers, des Herrschers von Völkern, Gen. Dr. von Staßfurt, bezeugen, der sich im Jahre 1902 auf schriftliche Weise die Übertragung des nationalpolitischen Gedankens auf Oberirdische ausdrückte und die Wichtigkeit der Entscheidung mit den 1720 von Polen abgetrennten Gebieten als ganz unvorstellbar und falsch und großes Streben nach neuer Seite bezeichnet.

Preussischer Landtag

Neuzeitliche Anträge, die sich auf die Befestigung der Provinz und die Befestigung der Provinz beziehen, werden zunächst ohne Begründung und Widerspruch dem Ausschuss für Beamtenangelegenheiten zur Beratung übergeben.

Dann wird die Beratung des Antrages auf Förderung der Königsberger Universität fortgesetzt.

Herr Dr. Wenzel (Soz.) wird mit seinen Anträgen eine Förderung der Königsberger Universität für notwendig. Die beantragte Ueberweisung an den Hauptauschuss.

Herr Dr. Wenzel (Soz.) wird mit seiner Ueberweisung an den Hauptauschuss einverstanden. Ueberwiesung für die nationalpolitisch-antimilitärische Geist, der die Universität Königsberg betrifft.

Herr Dr. Wenzel (Soz.) stimmt dem Antrag zu. Zudem, daß die Königsberger Universität auf einem Sammelplatz der weltlichen nationalpolitischen Interessen geworben sei, werde die Jugend von Ostland und den übrigen Provinzen von dem Reich dieser Universität ferngehalten.

Herr Dr. Wenzel (Soz.) wird mit seiner Anfrage auf die Universität Königsberg zurück, vor allem den Vorwurf der Intoleranz.

Herr Dr. Wenzel (Soz.) wird mit seiner Anfrage auf die meisten Deutschnationalen der Stadt Berlin, unter anderem die Angehörigen der Königsberger Professoren und eines Schlußwort des Abg. Dr. Steffens (D. Wpt.) wird der Antrag dem Hauptauschuss übergeben.

Herr Dr. Wenzel (Soz.) begründet dann einen Antrag, der Maßnahmen gegen die Realisation in Privatwohnungen fordert.

Nach längerer unentschiedener Debatte, in der die Nationalpolitische eine Uebernahme des Waldschutzes auf Privatbesitzern beantragt wurde, wird der Antrag dem landwirtschaftlichen Ausschuss übergeben.

Es folgen Anträge der Sozialdemokraten und der Unabhängigen über die Verbesserung der Milchproduktion durch Uebernahme von Viehweiden.

Herr Dr. Wenzel (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag mit dem Hinweis auf die Not der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Herr Dr. Wenzel (Soz.) erklärt die Not an und verlangt, daß die bestehenden Wohlfahrtsstellen für die Verteilung der Milch sorgen.

Herr Dr. Wenzel (Soz.) nimmt die Landwirtschaft gegen den Vorwurf in Schutz, zuerst Milch zu verteilten, und fordert darauf freie Konkurrenz.

Herr Dr. Wenzel (Soz.) macht den mangelnden guten Willen der Landwirte für die Milchnot in erster Linie verantwortlich. Der Landwirt muß selbstverständlich günstige Preise haben, aber er hat die Pflicht zu produzieren.

Sandwerkskammer-Präsident Robert vertritt. Der Präsident der Berliner Sandwerkskammer, Ehrenobermeister Carl Harbort, ist am Montag in Götting verstorben worden.

Zu den Verleumdungen des Präsidenten der Berliner Sandwerkskammer, Harbort, wird weiter gemeldet: Harbort ist bereits in das Interdiktungsfängnis in Götting eingeworfen worden. Wie bis jetzt nicht bekannt ist, die Unterirdische, die er gemeinsam mit seinem Sohn als Vorsitzender der Hauptstelle für den Einfluß gemeinsamer Sandwerksleistungen beantragt hat, 1 100 000 Mark. Unter dem Verdacht der Verletzung ist ein Interdiktum verhängt worden. Ein anderer führender Sandwerkskammer hat sich seiner Befreiung durch die Justiz entzogen.

über ich will nicht betrogen werden. Sprich, Rose, entschuldig dich, den Kopf senkt, die Fragen geschlossen, „Gott sei Dank. Er weiß nicht, dachte sie.“

„Morgen geht es fort. Er ich gehe, muss alles im klaren sein zwischen uns. Sprich du, Rose? Sag mir die Wahrheit, ich vertrage sie heute... morgen vielleicht nicht mehr.“

„Warum hast du vorher nie gesprochen?“ sagte sie mühsam.

„Weil ich dich liebte, wie feiner von allen anderen, die dir es sagen, und weil ich dich ferne. Ich habe viel gesehen, mehr, als du vielleicht weißt, du warst niemals unbesorgt, und nie allein, wenn du es auch glaubst.“ Aber daß ich dich allein lassen muß — gerade jetzt — er bog das feinstachelige Rohrmesser in seinen Händen — „ich hätte nicht zu gehen brauchen. Ein Wort an Mathias und ich bliebe, aber ich gehe fern. Nicht, weil ich muß. Es wäre schändlich, wenn ich es machte, wie Monsieur Georges, aber ich lasse dich zurück, Rose... Geh fort, geh heim, Rose, bleib nicht hier, es ist zu nahe der Grenze. Ich würde nie ruhig sein.“

„Malu!“ rief sie und umschlang seinen Hals. „Geh nicht fort, Malu, ich will dich nicht verlassen.“

„Ich bin nicht da, Rose.“, sagte er traurig.
„Sich finden uns wieder, traumbild. Ich komme, wohin du mich nicht willst. Dann wird es vielleicht wieder wie damals.“ In dem Augenblick glaubte sie es selbst.

In der Morgenfrühe fuhr sie der Wagen zur Bahn. Auf den Feldern wurde schon gearbeitet und in den Mägen am Weg überfliegen die Vögel. Nofes düsternes Kleid und der Rosenblau verloren sich auf dem menschenüberfüllten Bahnhofsunterirdischen und Wäghochenden. Es ging alles so leicht, das Gerendran des endlosen Goldbraunes, das Einfliegen und der kurze, atomale Augenblick des Abschiedes.

„Geh wohl, Rose.“ Zum ersten Male sah sie an Malachan eine tiefe Bewegung, er schloß die Augen in seine Arme. „Geh, geh, denn es muß in sein.“, sagte sie, demüthig, fest zu bleiben. Dann stand Nofes neben ihr. „Ach, Louis, wie werde ich das Leben extrahieren ohne Sie?“

(Fortsetzung folgt.)

